

Bulletin 4/25

NR. 220, NOVEMBER 2025

PALÄSTINA / GAZA

Die Zerstörung von Gesundheitsstrukturen
ist Teil des Genozids

EL SALVADOR

Auf der Bühne für Frauenrechte und Freiheit

SYRIEN / KURDISTAN

Die Autonomie ist nicht verhandelbar



medico international schweiz
Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich

Inhaltsverzeichnis

PALÄSTINA / GAZA	
Eine perfide Strategie	4
PALÄSTINA / ISRAEL	
Vergessene Front	7
EL SALVADOR	
Gewaltkreisläufe durchbrechen	8
SYRIEN / KURDISTAN	
Der Kampf um eine demokratische Zukunft	10
ZUM SCHLUSS	
Solidarität / Veranstaltung	12



Titelbild:

«Hinterlasse deinen Handabdruck, wenn du schon einmal Gewalt erfahren hast.» Demonstration zum 25. November 2024 in Guatemala Stadt.

@Mercedes Cabrera, La Cuerda



Impressum

Bulletin 4/25, Erscheint viermal jährlich im Abonnement; jährlich Fr. 5.-

Gedruckte Auflage 6400 Exemplare

Redaktion Alice Froidevaux, Layout Siro Torresan

Konzept komunikat GmbH, Druck ropress Genossenschaft, Zürich

Herausgeberin medico international schweiz (CSS) Quellenstr. 25, 8005 Zürich, 044 273 15 55

Bildnachweise S. 5: PMRS, S. 6: PHRI, S. 9: Mujeres Libres, S. 11: Heyva Sor a Kurd, S. 12: medico international schweiz

Editorial

Liebe Leser*innen

«Unsere Botschaft ist klar: Jede Frau hat Rechte und verdient Schutz vor Gewalt», sagt Teodora Vásquez von den Mujeres Libres in El Salvador. Anfang Dezember ist sie im Rahmen der «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» zu Gast in Zürich und erzählt ihre Geschichte. Die Mujeres Libres haben lange, ungerechtfertigte und frauenverachtende Haftstrafen überlebt. In ihrer Gesellschaft sind sie stigmatisiert und vieler Rechte beraubt, und dennoch kämpfen sie weiter: gegen patriarchale und repressive Staatsstrukturen und um die Bewältigung ihrer traumatischen Erlebnisse. Unterstützung finden sie durch die Psychodrama-Arbeit der befreundeten Frauenorganisation Las Mélidas sowie durch das Theater als Mittel, um gerade junge und entrechtete Frauen zu sensibilisieren und Kreisläufe machistischer Gewalt zu durchbrechen.

«Mitten in Verlust und Ungewissheit erleben wir täglich Momente von Mut und Menschlichkeit. Mit eurer Unterstützung bleibt die Palestinian Medical Relief Society an der Seite der Menschen – wir behandeln, hören zu und geben Würde zurück», schreibt Dr. Bassam Zaqout am 21. Oktober aus Gaza. Trotz der nahezu vollständigen Zerstörung des Gazastreifens und seiner Gesundheitsstrukturen nutzt das medizinische Personal der PMRS die relative Waffenruhe und die vage Aussicht auf humanitäre Besserung, um das scheinbar Unmögliche möglich zu machen: die medizinische Versorgung der Menschen im gesamten Gazastreifen wieder aufzunehmen und zu verbessern. Ihr unermüdlicher Einsatz ist lebenswichtig für verletzte und unterernährte Menschen, Kriegsverehrte, schwangere Frauen, Kinder und chronisch Kranke. Dr. Bassam Zaqout und seine Teams geben nicht auf – nicht jetzt, niemals.

Weit weniger im Fokus der Weltöffentlichkeit – und von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen – sind die Menschen in Syrien. Unsere Kolleg*innen vom Kurdischen Roten Halbmond haben sich trotz physischer und bürokratischer Hürden auf den Weg gemacht, um im März dieses Jahres in Latakia und im Sommer in Suweida die alawitische und drusische Bevölkerung nach den dort verübten Massakern medizinisch und sozial zu unterstützen. Eine schwierige und riskante Arbeit – und zugleich ein unverzichtbares Zeichen der Solidarität im Kampf um ein demokratisches Syrien.

Gemeinsam mit unseren Freund*innen und mutigen medico-Partner*innen können wir auf vielen politischen Bühnen Gerechtigkeit einfordern. Mit Fantasie und Kreativität lassen sich Risse im Machtgefüge finden, durch die Licht fällt. So bleiben Veränderungen möglich.

Sie, liebe Spender*innen, sind Teil dieser globalen Suche nach neuen Formen von Menschlichkeit und Solidarität – in Zeiten, in denen so viele Türen verschlossen scheinen.

Bleiben wir gemeinsam engagiert! Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen.



Maja Hess
Präsidentin
medico international schweiz

Eine perfide Strategie

In Gaza ist die Zerstörung von Gesundheitsstrukturen längst kein Kollateralschaden mehr, sondern wesentlicher Bestandteil des Genozids. Wo Krankenhäuser bombardiert werden, verlieren Menschen ihre lebenswichtige Behandlung sowie ihren letzten Zufluchtsort. Alice Froidevaux

— «Zugang zu medizinischer Versorgung ist ein Grund, warum Menschen bleiben», berichtet Dr. Bassam Zaqout von der Palestinian Medical Relief Society (PMRS). Im Zuge der israelischen Grossoffensive sahen sich er und seine Teams im September 2025 gezwungen, Gaza-Stadt zu verlassen. «Viele sagten uns: Wenn die PMRS ihre Zentren schliesst, gehen auch wir.»

«Wir werden Zeug*innen eines Genozids und eines Medizids.»

Medizid

In ihrem Bericht «Destruction of Life: A Health Analysis of the Gaza Genocide» dokumentiert die medico-Partnerorganisation Physicians for Human Rights Israel (PHRI) die «kalkulierte und systematische Demontierung» des Gesundheitssystems in Gaza seit Oktober 2023 im Kontext einer seit Jahren bestehenden «medizinischen Apartheid», in der Israel das Gesundheitswesen in den palästinensischen Gebieten umfassend kontrolliert.

In einem Statement vom August 2025 bezeichneten UN-Expert*innen die gezielte Zerstörung des Gesundheitssystems in Gaza als zentralen Bestandteil des laufenden Genozids: «Neben dem Zeugnis eines anhaltenden Genozids werden wir auch Zeugen eines «Medizids» – einer perfiden Strategie, bei der gezielt Bedingungen geschaffen werden, die auf die Vernichtung der Palästinenser*innen in Gaza abzielen [...]. Gesundheits- und Pflegekräfte werden systematisch angegriffen, inhaftiert, gefoltert und so wie die übrige Bevölkerung gezielt ausgehungert.»

Während nach dem ersten Luftangriff auf den Parkplatz des Krankenhauses Al-Ahli im Oktober 2023, bei dem Hunderte getötet wurden, noch umstritten war, ob Israel zu einem solchen Angriff fähig sei, sind Bilder zerstörter Krankenhäuser in Gaza inzwischen brutale Routine geworden.

Terror-Rhetorik als Waffe

Die israelische Regierung macht längst keinen Hehl mehr aus diesen Angriffen. Sie folgen stets demselben Muster: unrealistisch kurze Evakuierungsaufforderungen, gefolgt von unverhältnismässig massiven Bombardierungen. Begründet werden sie mit der angeblichen Präsenz von Hamas-Kämpfern oder Kommandostellen – Beweise dafür? Bis heute Fehlanzeige.

Diese Argumentation folgt einem global etablierten Muster: dem seit 2001 von den USA ausgerufenen «Krieg gegen den Terror». Dieses Narrativ verwischt die Grenze zwischen Kombattant*innen und Zivilist*innen und erklärt das Gegenüber nicht mehr zur Kriegspartei mit Rechten, sondern zum «auszulöschenden Feind». Unter diesem Vorwand wurden im sri-lankischen Bürgerkrieg 2009 Spitäler bombardiert, die USA zerstörten 2015 ein Krankenhaus von «Ärzte ohne Grenzen» in Afghanistan, und die Türkei rechtfertigt seit Jahren Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen in Nordostsyrien mit dem Kampf gegen «kurdischen Terror».

Obwohl medizinisches Personal und Einrichtungen unter besonderem völkerrechtlichen Schutz stehen, geraten sie weltweit immer stärker ins Visier. Laut der Safeguarding Health in Conflict Coalition (SHCC) wurden 2024 3623 Angriffe auf das Gesundheitswesen registriert – 15 Prozent mehr als



Das beschädigte Hauptzentrum der PMRS in Tel Al-Hawa, Gaza-Stadt, Januar 2025. Im September wurde es erneut bombardiert.

2023 und 62 Prozent mehr als 2022. Besonders betroffen waren der Libanon, Myanmar, der Sudan, die Ukraine und die besetzten palästinensischen Gebiete, insbesondere Gaza.

Zum Schweigen bringen

Über 1800 Gesundheitsarbeiter*innen hat Israel im laufenden Genozid getötet oder willkürlich inhaftiert; Berichte über Folter in Gefängnissen zeigen das Ausmass der Repression. Das von humanitären Organisationen eingeforderte Prinzip «der Arzt deines Feindes ist nicht dein Feind» ist ausser Kraft gesetzt.

Medizinisches Personal wird nicht nur verfolgt, weil es Leben rettet, sondern auch, weil es Zeugnis ablegt. Ärzt*innen dokumentieren Verletzungen, berichten über Kriegsverbrechen und widersprechen so Propaganda und Entmenschlichung. Ihre Zeugenschaft wird damit zu einer Bedrohung für die Angreifenden.

Am 17. Oktober 2025 hat ein israelisches Gericht trotz des verkündeten Waffenstillstands die Fortsetzung der Inhaftierung von Dr. Hussam Abu Safiya, Direktor des Spitals Kamal-Adwan, angeordnet. Er wird seit Dezember 2024 ohne Anklage festgehalten – gemeinsam mit mindestens 17 weiteren Ärzt*innen und Dutzenden Pflegekräften. Menschenrechtsorganisationen fordern die sofortige Freilassung: «Ihre Inhaftierung untergräbt weiter das Recht der Palästinenser*innen auf Gesundheit», so PHRI.

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Die verkündete Waffenruhe in Gaza ist brüchig und bringt kaum Ruhe. Auf erste Erleichterung folgte Ernüchterung: Gaza liegt in Trümmern, es fallen weiter Bomben, Hilfslieferungen bleiben begrenzt, Lebensgrundlagen sind zerstört. Die Zerstörung des Gesundheitswesens und die gezielte Tötung medizinischen Personals haben langfristig katastrophale Folgen. Selbst bei einem Wiederaufbau sind die verlorenen Fachkräfte kaum zu ersetzen. Abhängigkeiten von Geberländern und Hilfsorganisationen werden verstärkt, die Gesundheitsversorgung bleibt ein Kontrollinstrument für die Besatzungsmacht Israel.

Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen setzen wir uns weiterhin für das Recht auf Gesundheit ein. Das bedeutet, akute Bedürfnisse zu decken – vor allem den freien Zugang zu humanitärer Hilfe, Medikamenten, Material und Personal zu sichern – und zugleich den langfristigen Wiederaufbau zu fördern. Dabei darf es kein «Zurück zur alten Normalität» geben, in der das palästinensische Gesundheitswesen von Abhängigkeiten, israelischen Genehmigungen und wiederkehrender Zerstörung geprägt war. «Gesundheit für alle» in Gaza ist nur möglich mit Friedensperspektiven, die auf Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, dem Ende der Besetzung und der Aufarbeitung der Verbrechen aller Parteien beruhen.

✗



Rettungskräfte in Aqraba in der Nähe von Nablus werden von PHRI mit Schutzwesten und Helmen ausgestattet.

Vergessene Front

Während die Welt auf Gaza blickt, spitzt sich auch die Situation in der Westbank dramatisch zu. medico-Partnerin Physicians for Human Rights Israel reagiert auf die wachsende Gewalt mit gezielter Unterstützung für Notfallteams. Alice Froidevaux

Seit dem 7. Oktober 2023 wurden in der Westbank mindestens 999 Palästinenser*innen von israelischen Streitkräften oder Siedlern getötet. Gleichzeitig hat die israelische Regierung ihre Kontrolle über das Gebiet weiter ausgeweitet. Gewaltsame Vertreibungen nehmen rasant zu: Ganze Gemeinschaften wurden ausgelöscht, fast 40000 Menschen mussten ihre Häuser in den Flüchtlingslagern von Dschenin und Tulkarem verlassen. Die Gewalt durch Siedler eskaliert – zwischen Januar und August 2025 wurden 2518 Angriffe dokumentiert, fast doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2024.

Für die Bewohner*innen der Westbank wird der Alltag immer unerträglicher: neue Checkpoints, Strassensperren und Blockaden schränken ihre Bewegungsfreiheit massiv ein. Hinzu kommt eine tiefe Wirtschaftskrise, ausgelöst durch das Einreiseverbot für mehr als 100000 palästinensische Arbeiter*innen, die zuvor täglich nach Israel pendelten. Viele Familien können weder Krankenkassenbeiträge noch medizinische Kosten bezahlen – die Folge ist eine sich verschärfende Gesundheitskrise.

Schutz für Notfallteams

In dieser Situation wird die Rolle von Notfallteams – Rettungssanitäter*innen und Ambulanzfahrer*innen – noch entscheidender. Sie versorgen Verletzte nach Angriffen durch Siedler oder Militär sowie Kranke, die keine andere Unterstützung finden. Doch auch die Rettungskräfte arbeiten unter ständiger Gefahr: Sie werden angegriffen, aufgehalten und daran gehindert, Patient*innen zu erreichen. Trotz ihres Schutzstatus nach internationalem humanitärem Recht sind sie regelmässig

Gewalt und Einschüchterung ausgesetzt. Laut Weltgesundheitsorganisation wurden in der Westbank zwischen dem 1. Januar und dem 15. September 2025 203 Angriffe auf das Gesundheitswesen registriert – mit elf Toten und 49 Verletzten.

«Die meisten Notfallteams verfügen weder über Schutzkleidung noch über psychologische Unterstützung und sind extremen Belastungen und traumatischen Erlebnissen ausgesetzt», sagt Lee Caspi von der medico-Partnerorganisation Physicians for Human Rights Israel (PHRI). «Mit unserer neuesten Initiative wollen wir die Notfallteams in der Westbank stärken und ihre lebensrettende Arbeit unter schwierigen Bedingungen sichern.» Aufbauend auf fast 40 Jahren Erfahrung arbeitet die PHRI eng mit palästinensischen Gesundheitsdiensten zusammen. Bereits konnten fünf Rettungsteams mit Schutzhelmen und Westen ausgestattet werden und Workshops zur psychischen Resilienz absolvieren. Aufgrund zahlreicher weiterer Anfragen soll diese Unterstützung nun ausgeweitet werden. Zudem plant PHRI, die Erfahrungen der Notfallteams in einem öffentlichen Bericht und einer begleitenden Kampagne sichtbar zu machen.

Mobile Kliniken

Die bewährten mobilen Kliniken von PHRI sind weiterhin mit zwei Einsätzen pro Woche in der Westbank unterwegs – darunter reine Frauenkliniken und Spezialkliniken etwa für Menschen mit chronischen Nierenerkrankungen, die seit einem Jahr begleitet werden. Allein im Oktober 2025 erhielten rund 2800 Patient*innen dort medizinische Hilfe.

✗

Gewaltkreisläufe durchbrechen

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Ein Gespräch mit Teodora Vásquez von den Mujeres Libres über Mut und Solidarität im Kampf gegen geschlechterspezifische und strukturelle Gewalt in El Salvador. Angelika Stutz

— Frauenrechte und feministische Errungenschaften geraten weltweit unter Druck. Wie zeigt sich das in El Salvador?

Unter der Regierung von Nayib Bukele und unter starkem Einfluss der Kirche werden hart erkämpfte Frauenrechte immer weiter eingeschränkt. Begriffe wie Diversität oder Feminismus sind aus den öffentlichen Schulen verbannt, ebenso Sexualaufklärung. Seit Anfang 2022 werden Grundrechte unter dem Ausnahmezustand massiv eingeschränkt, der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement schrumpft – besonders für feministische Organisationen. Wir leben in ständiger Angst vor Verhaftung, wenn wir uns für Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit einsetzen.

«Viele Zuschauerinnen erkennen sich in unseren Geschichten wieder.»

Ihr von den Mujeres Libres habt selbst Gewalt erfahren. Mit welchen Formen seid ihr besonders konfrontiert?

Machistische und patriarchale Gewalt sind tief in der salvadorianischen Gesellschaft verankert – besonders betroffen sind Frauen in armen, ländlichen Regionen. Ich selbst bin dort aufgewachsen, wo sexualisierte Gewalt und Jugendschwangerschaften weit verbreitet sind. Die meisten Frauen schweigen aus Scham oder Angst, und staatliche Schutzmechanismen gibt es kaum. Hinzu kommt eines der strengsten Abtreibungsverbote der Welt: Selbst nach Fehlgeburten oder bei Lebensgefahr für die Mutter drohen Haftstrafen von bis zu 30 Jahren. Auch ich wurde nach einem geburtshilflichen Notfall wegen Mordes verurteilt. Als die Wehen

plötzlich einsetzten, rief ich den Notruf, doch niemand kam. Im Krankenhaus erwachte ich mit Handschellen. Mein Baby war tot und ich wurde festgenommen. Meine Familie erfuhr erst aus den Medien davon. Später verurteilte mich ein Gericht zu 30 Jahren Gefängnis. In Haft erlebten wir Gewalt in vielen Formen – physisch, psychisch und auch sexualisiert. Die Zustände in salvadorianischen Gefängnissen sind miserabel. Seit dem Ausnahmezustand sind auch Besuche durch Angehörige oder Psycholog*innen verboten. Familien wissen oft nicht, wie es ihren Liebsten geht. Besonders Frauen aus armen Verhältnissen können sich keine angemessene Verteidigung leisten. Nach der Entlassung stehen viele vor dem Nichts, stigmatisiert, ausgegrenzt und ohne Unterstützung. Diese Perspektivlosigkeit nährt neue Gewaltkreisläufe.

Wie verarbeitet ihr diese Gewalterfahrungen?

Die Rückkehr in die Gesellschaft ist schwer. Unsere Strafen wurden nur reduziert, nicht aufgehoben. Mit einem Eintrag im Strafregister ist es fast unmöglich, Arbeit zu finden und wieder Fuss zu fassen. Deshalb gründeten wir Mujeres Libres, um Frauen nach der Haft zu begleiten – mit psychologischer, medizinischer und rechtlicher Unterstützung sowie Bildungs- und Zufluchtsangeboten. Besonders wichtig ist uns wirtschaftliche Selbstbestimmung und Autonomie. Eines unserer Angebote ist die «educación comunitaria», auch durch künstlerische Ausdrucksformen. Unsere Theatergruppe bringt unsere Erfahrungen auf die Bühne – das stärkt unser Selbstvertrauen, und viele Zuschauerinnen erkennen sich in unseren Geschichten wieder. Wir bieten psychosoziale Gruppentherapien an, in denen

wir unsere Traumata verarbeiten und endlich auch um unsere verlorenen Kinder trauern können. Ich bin stolz auf jede Einzelne von uns. Wir zeigen, dass Solidarität und gegenseitige Unterstützung neue Wege eröffnen – dass wir wachsen, uns stärken und unser Leben Schritt für Schritt zurückerobern können.

Frauen und ihre gesellschaftliche Wiedereingliederung. Im kommenden Frühling werden wir mit Unterstützung von medico unser Theaterstück in Gefängnissen, Universitäten und Ministerien dieser Länder zeigen. Es bedeutet mir viel, unsere Geschichte weiterzutragen – als Zeichen von Hoffnung, Mut und Zusammenhalt.

Ihr arbeitet auch mit anderen Frauenkollektiven im In- und Ausland zusammen.

Warum ist diese Vernetzung wichtig – und was bedeutet sie dir persönlich?

Ich bin in einer kleinen Gemeinde ohne politische Bildung aufgewachsen. Erst durch das, was mir passiert ist, habe ich verstanden, wie wichtig es ist, für die Rechte von Frauen einzutreten. Heute sehe ich es als meine Aufgabe, andere aufzuklären und zu ermutigen. Mit unserer Theatergruppe besuchen wir Gemeinden und sprechen mit jungen Frauen über Sexualität, Selbstbestimmung und Familienplanung. Ich durfte vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission über die Situation kriminalisierter Frauen sprechen und am UN-Menschenrechtsbericht für El Salvador mitwirken. Dieses Jahr nahm ich an Konferenzen in Madrid, Kolumbien und Guatemala teil – dort hatte ich bewegende Begegnungen mit anderen Menschenrechtsverteidigerinnen. Im Netzwerk «Fundiendo Rejas» (Gefängnisdächer schmelzen) arbeiten wir mit Partnerinnen in Mexiko und Kolumbien für die Rechte inhaftierter

Wie werdet ihr den 25. November begehen?

In San Salvador gibt es an diesem Tag Demonstrationen und Aktionen gegen Gewalt an Frauen. Doch die Teilnahme ist riskant – viele Aktivistinnen werden kriminalisiert und erleben Repression. Für uns, die bereits vorbestraft sind, ist das besonders gefährlich. Deshalb wählen wir andere Wege, um sichtbar zu bleiben. Wie werden auch dieses Jahr am 25. November unser Theaterstück aufführen – in einer Gemeinde, die noch nie zuvor eine Veranstaltung zu Frauenrechten erlebt hat. Zudem machen wir Social-Media-Kampagnen, in denen wir aufzeigen, wie Gewaltkreisläufe durchbrochen werden können. Unsere Botschaft ist klar: Jede Frau hat Rechte und verdient Schutz vor Gewalt – und jede Frau verdient eine zweite Chance. Wir sind der lebende Beweis dafür!

Teodora Vásquez ist Anfang Dezember zu Gast in Zürich (siehe Seite 12).

✖



Die Mitgründerin der Mujeres Libres, Teodora Vásquez, während eines Radio-Interviews.

Der Kampf um eine demokratische Zukunft

Die Auseinandersetzungen um ein neues Syrien dauern an. Ob das Land eine demokratische Zukunft hat, hängt davon ab, ob Verbrechen aufgearbeitet, Spaltungen überwunden und Minderheitenrechte gesichert werden. Anita Starosta & Maja Hess

— Es war ein historischer Handschlag: Am 10. März 2025 einigten sich HTS-Milizenführer Ahmed al-Scharaa und der Oberbefehlshaber der kurdisch dominierten Syrisch Demokratischen Streitkräfte (SDF) Mazloum Abdi auf ein Abkommen, das die Rechte der Kurd*innen als Minderheit und ihre Zugehörigkeit zu Syrien festschreibt. Dies eröffnet auch neue Perspektiven für alle anderen Minderheiten im Land. Ein 10-Punkte-Plan soll dies sicherstellen. Vor dem Sturz Assads wäre ein solches Treffen undenkbar gewesen.

«Autonomie, Frauenrechte und Demokratie sind nicht verhandelbar.»

Gleichzeitig steht al-Scharaa mit seiner islamistischen Miliz HTS und seiner al-Qaida-Vergangenheit für schwere Verbrechen an Kurd*innen, anderen Minderheiten und der demokratischen Opposition. Fünf Jahre sass er in US-Gefangenschaft. Dass er nun als Verhandlungspartner akzeptiert ist, zeigt nur einen der Widersprüche auf dem Weg zu einem demokratischen Syrien.

Ringen um Rechte

Seit dem Abkommen im März verhandeln SDF und HTS über die politische Zukunft Syriens, im Speziellen die Nordostsyriens. Ende Mai trafen sich erstmals Delegationen in Damaskus – auf Seiten der Selbstverwaltung sassen vier Frauen am Tisch, auf Seite der Übergangsregierung ausschliesslich Männer. Vereinbart wurden erste Schritte wie der gemeinsame Kampf gegen den IS und eine Dezentralisierung

des Bildungssystems. Das Modell der Selbstverwaltung aus Rojava wird sich landesweit zwar kaum durchsetzen, doch es geht nun um die Sicherung von Autonomierechten, die Rückkehr von Vertriebenen sowie um die Durchsetzung von Frauenrechten und die Beteiligung von Minderheiten.

Für grosses Misstrauen sorgt der Entwurf für die Übergangsverfassung: Kurdische Vertreter*innen kritisieren fehlende Frauen- und Minderheitenrechte sowie die vorgesehene starke Zentralisierung der Macht zugunsten der Exekutive. Es sollen grosse Teile der alten Verfassung übernommen werden, was die Kontinuität autoritärer Strukturen befürchten lässt. Und während neu Glaubensfreiheit betont wird, soll das islamische Recht «Hauptquelle» der Gesetzgebung bleiben. Wie tief verwurzelt die konfessionellen und ethnischen Spaltungen sind, die der Assadismus und der Bürgerkrieg hervorgebracht haben, zeigen die anhaltenden Gewalteskalationen in dieser Umbruchszeit.

Massaker an Minderheiten

Der historische Handschlag zwischen SDF und HTS fand nur wenige Tage nach den Massakern an Alawit*innen an der syrischen Küste bei Latakia statt. Der Zeitpunkt sorgte für Kritik. Die Angriffe erschütterten viele, die nach dem Sturz des Assad-Regimes auf ein freies Syrien gehofft hatten – Erinnerungen an frühere Verbrechen wie den Völkermord des IS an den Jesid*innen oder die Übergriffe der von der Türkei unterstützten Syrischen Nationalen Armee (SNA) in Afrin und Serekaniye wurden wach. In Latakia meldeten lokale Beobachter über 1400 Tote. Im Juli folgte ein weiteres Blutbad: In der drusischen



Hilfsgüter werden auf die LKWs des Kurdischen Roten Halbmondes verladen.

Region Suweida eskalierte ein lokaler Konflikt mit bewaffneten sunnitischen Beduinen und islamistischen Gruppen. Innerhalb weniger Tage wurden über 2000 Drus*innen getötet, mehr als 150000 vertrieben, Häuser geplündert und niedergebrannt. In beiden Fällen versagten staatliche Strukturen vollständig – Sicherheitskräfte der HTS-Regierung griffen nicht ein oder beteiligten sich sogar an den Übergriffen.

Auch die kurdische Bevölkerung geriet wieder ins Visier der Gewalt. Anfang Oktober griffen Regierungstruppen kurdische Stadtteile in Aleppo an und riegelten sie ab. Nur der Widerstand der Bevölkerung und der lokalen Verteidigungseinheiten verhinderte ein weiteres Massaker.

medico-Partner*innen leisten Nothilfe
 Trotz akuter Gefahr zeigten Nothelfer*innen der medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond (KRC) unmittelbar Solidarität mit den betroffenen Alawit*innen und Drus*innen. Noch während der Massaker machten sie sich im Konvoi auf den Weg nach Latakia, um LKWs mit Hilfsgütern an die Küste zu bringen. Die Versorgungslage in Suweida bleibt indes prekär, humanitäre Hilfe ist vom Syrischen Arabischen Roter Halbmond monopolisiert – der langjährige medico-Partner Kurdischer Rote Halbmond (KRC) versuchte wochenlang vergeblich, selbst Hilfsgüter dort hinzubringen. Die Initiative scheiterte immer wieder an bürokratischen Blockaden. Immerhin kann

der KRC aktuell für ein Krankenhaus in Suweida dringend benötigte Medikamente für chronisch kranke Patient*innen beschaffen, die auf regelmässige Versorgung angewiesen sind und sich teure Medikamente oder Reisen nach Damaskus nicht leisten können.

Offener Ausgang

Mit der Aufhebung der US- und EU-Sanktionen gegen Syrien wurden wichtige Hürden abgebaut. Trotz politischer Bedingungen und westlicher Wirtschaftsinteressen eröffnen sie Chancen für Stabilisierung. Die Übergangsverfassung schafft Verhandlungsspielraum, den die Selbstverwaltung in Rojava nutzt. Eine Integration der SDF in die syrische Armee ist vereinbart, doch Autonomie, Frauenrechte und Demokratie seien nicht verhandelbar, betont die Kommandantin der kurdischen Frauenverteidigungseinheiten Rohilat Efrin.

Kürzlich geplante Gespräche mit den USA, Grossbritannien und Frankreich scheiterten unter türkischem Druck. Die türkische Regierung will internationale Garantien für die Rechte der Kurd*innen verhindern. Ob die Übergangsregierung unter al-Scharaa ernsthaft demokratische Reformen einleitet, bleibt somit fraglich.

Die Übergangsparlamentswahlen verstärkten die Zweifel: In kurdischen Gebieten und in Suweida wurden sie ausgesetzt. Dennoch bleibt die syrische Gesellschaft aktiv – sie will die nach dem Sturz Assads greifbar gewordene Freiheit verteidigen. **X**

SOLIDARITÄT / VERANSTALTUNG

Nothilfe nach Hurrikan in Kuba

Der Hurrikan Melissa der Kategorie 5 ist über Kuba hinweggefegt. Mit Windgeschwindigkeiten von über 300 Stundenkilometern, sintflutartigen Regenfällen und meterhohen Wellen richtete der Sturm katastrophale Schäden an. Besonders der Osten des Landes wurde stark getroffen. Gemeinsam mit unseren Kolleg*innen von mediCuba rufen wir zur Solidarität auf, um das kubanische Gesundheitssystem zu unterstützen. Danke für eure Spenden mit dem Vermerk «Hurrikan Melissa».

gruppe «Mujeres de Acero» (Frauen aus Stahl). Im Gespräch mit Maja Hess, Präsidentin von medico international schweiz, berichtet Teodora Vásquez, vom Kampf um Frauenrechte in El Salvador und vom Theater als Form des Widerstands. Anschliessend bringt die feministische Playback-Theatergruppe «Furore» Erfahrungen aus dem Publikum zum Thema Gewalt gegen Frauen auf die Bühne. Die Veranstaltung wird moderiert von Gabriella Alvarez-Hummel, freie Journalistin.

Dienstag, 2. Dezember, 19 Uhr

Karl der Grosse, Kirchgasse 14, Zürich

Die «Mujeres Libres» in Zürich

El Salvador hat eines der striktesten Abtreibungsverbote der Welt – selbst nach einer Fehlgeburt drohen Frauen jahrzehntelange Haft. Hart erkämpfte Frauenrechte werden eingeschränkt, Sexualbildung in Schulen ist verboten, Gewalt an Frauen und Mädchen nimmt zu. Der Raum für zivilgesellschaftliches und feministisches Engagement schrumpft. Die medico-Partnerorganisation «Mujeres Libres» findet in diesem Umfeld weiter Wege, um Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten zu leisten. Der Verein besteht aus ehemals inhaftierten Frauen, die selbst persönliche und strukturelle Gewalt erlebt haben. Mit Theater erreichen sie Mädchen und Frauen, stärken Selbstbestimmung, thematisieren sexuelle und reproduktive Rechte – und verarbeiten auf der Bühne ihre eigenen Erfahrungen. Zu Gast ist Teodora Vásquez, Gründerin von «Mujeres Libres» und Mitglied der Theater-



Gesundheit für alle

Unterstützen Sie Menschen im Kampf für einen gerechten Zugang zu Gesundheit. Vielen Dank!



medico international schweiz
Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich

Quellenstrasse 25, 8005 Zürich
www.medicointernational.ch
info@medicointernational.ch
 IBAN CH57 0900 0000 8000 7869 1

